

Berlin, 17.04.2019

**ANIMAL PUBLIC
WPSEU 069/2019****Strukturelle Stärkung des Tierschutzes****Frage:**

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sich der Status für Tiere als empfindungsfähige Lebewesen in Verordnungen und Richtlinien der EU deutlicher niederschlägt? Wenn ja, wie?

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als ein wesentliches und eigenständiges Politikfeld anzuerkennen (ähnlich wie z.B. beim Umweltschutz)?

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, ein EU-weites Tierschutzrahmengesetz auf den Weg zu bringen?

Antwort:

Die SPD will eine neue europäische Tierschutz-Strategie erarbeiten und umsetzen. Dazu gehört ein verbesserter Schutz bei Tiertransporten bei einer Begrenzung von maximal acht Stunden Transportzeit – in Europa und in Drittstaaten - sowie ein Verkaufsverbot von Haustieren im Internet. Für die SPD ist Tierschutz ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Politik. In europäischen Verträgen (AEUV Art. 13) sind die EU und die Mitgliedstaaten verpflichtet den „Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlendes Wesen in vollem Umfang Rechnung“ zu tragen. Daher setzen wir uns selbstverständlich dafür ein, dass sich der Tierschutz in den Richtlinien und Verordnungen der EU niederschlägt. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Europäische Kommission einen Ansprechpartner benennt, der die verschiedenen Generaldirektionen, die sich mit Tierschutz, öffentlicher Gesundheit, Verbraucherschutz sowie Fragen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit befassen, zusammenführt. Die Mitglieder der EU-Tierschutzplattform sollten dabei einbezogen werden.

Wildtierhandel**Frage:**

Wird sich Ihre Partei für ein Ende des kommerziellen Handels mit Wildfängen einsetzen?

Antwort:

Der illegale Artenhandel hat schwerwiegende Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die bestehenden Ökosysteme, das Naturerbe der Herkunftsländer, die natürlichen Ressourcen und den Artenschutz. Deswegen setzen wir uns Sozialdemokraten dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten gemeinsam und entschlossen sich dem Problem stellen. Der „EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels“ ist eine Antwort auf die drängenden Fragen. Der Schutz und der Handel von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten wird durch das CITES-Übereinkommen geregelt. Dieses Übereinkommen wird stetig weiterentwickelt. Mit soll CITES sichergestellt werden, dass der internationale Handel mit freilebenden Tieren und Pflanzen keine Bedrohung für das Überleben der Arten in freier Natur darstellt.

Frage:

Werden Sie sich für eine europaweite Positivliste einsetzen, so dass zukünftig nur solche Tierarten privat gehalten werden dürfen, deren tierschutzgerechte Haltung in Privathand möglich ist, die keine Gefahr für unbeteiligte Dritte darstellen und die keine potentiell invasiven Arten sind?

Antwort:

Die SPD fordert, dass die EU-Mitgliedstaaten eine Positivliste exotischer Tiere, die als Haustiere gehalten werden dürfen, aufstellen.

Frage:

Werden Sie sich für die Einführung eines Gesetzes einsetzen, das den Handel mit Tierarten, die nationalrechtlich unter Schutz stehen und nicht legal exportiert wurden, unter Strafe stellt, vergleichbar mit dem Lacey Act?

Antwort:

Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, dass Tierarten, die illegal im Herkunftsland gehandelt, transportiert, erworben und der Natur entnommen wurden, nicht legal in die EU eingeführt werden sollten.

Jagd**Frage:**

Strebt Ihre Partei eine Vereinheitlichung des Jagdrechts in der EU an, um den Schutz der Wildtiere von quälerischen Jagdpraktiken zu verbessern?

Die Jagd sollte auch weiterhin auf der Ebene der Mitgliedstaaten geregelt werden. Dennoch kann es Mindeststandards und Verbote von Jagdmethoden geben, wie sie bereits in der Habitats- und Vogelschutzrichtlinie geregelt sind.

Spricht sich Ihre Partei für ein generelles Verbot des Abschusses von Zugvögeln aus? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Wolf streng geschützt bleibt und der Abschuss verboten?

Antwort:

Die SPD sieht die Praxis der Jagd auf Sing- und Zugvögel in einigen Mitgliedstaaten äußerst kritisch. Ein effektives Durchgreifen des geltenden europäischen Rechts, wie sie in der Vogelschutzrichtlinie festgelegt ist, ist entscheidend.

Der Erhaltungszustand des Wolfes sollte nicht nur auf nationalstaatlicher, sondern auf europäischer Ebene bewertet werden. Im Herbst 2019 wird die EU-Kommission nach aktuellen Zahlen der Mitgliedstaaten eine Neubewertung des Erhaltungszustands vornehmen. Die

Mitgliedstaaten können bereits jetzt im Einklang mit der Habitat-Richtlinie geeignete Maßnahmen ergreifen, um Konflikte mit dem Wolf zu reduzieren.

Frage:

Die EU-Staaten haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zum Import von Jagdtrophäen geeinigt. Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Jagdtrophäen geschützter Tiere einsetzen?

Antwort:

Trophäenjagd hat zu einem massiven Rückgang der in den Anhängen I und II des CITES gelisteten gefährdeten Arten beigetragen. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass die Ausnahmegenehmigungen für alle Jagdtrophäen von im CITES aufgeführten Arten abgeschafft werden.

Elfenbein

Frage:

Lehnt Ihre Partei den Handel mit Elfenbein ab? Wenn nein, warum? Setzt sich Ihre Partei aktiv für ein Verbot des Handels mit Elfenbein in der EU ein? Wenn ja, wie?

Antwort:

Die SPD setzt sich für ein EU-weit verbindliches, umfassendes und dauerhaftes Verbot des gesamten Außenhandels mit Elfenbein und für ein Verbot des Handels mit Elfenbein innerhalb des EU-Binnenmarktes ein. Elefantenzwilderei und Elfenbeinhandel werden nicht aufhören, solange die legalen Inlandsmärkte für Elfenbein offenbleiben. Zurzeit prüft die EU-Kommission weitere Schritte im Elfenbeinhandel, die einem Gesetzesvorschlag münden sollten.

Haltung von Tieren in Zoos

Frage:

Setzt sich Ihre Partei für eine Präzisierung (im Sinne von Verbesserungen der Haltungsbedingungen für Zootiere nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft) der EU-Zoorichtlinie ein? Wenn ja, wie?

Antwort:

Die Haltung von Tieren in Zoos und Tierparks wird durch die Zoorichtlinie geregelt. Dort werden unter anderem artgerechte Haltungsbedingungen vorgeschrieben. Im Rahmen des REFIT-Programms ist die Zoorichtlinie im Herbst 2018 erfolgreich evaluiert worden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Potenzial der Zoorichtlinie am besten ausgeschöpft wird, wenn sie von den Mitgliedstaaten besser umgesetzt wird. Auf diese Weise können die Zoos in der gesamten EU wirksamer und effizienter zur Erhaltung der biologischen Vielfalt beitragen. Eine Änderung der aktuellen Zoorichtlinie halten wir Sozialdemokraten nicht für nötig.

Frage:

Setzt sich Ihre Partei für ein Ende der Haltung von Walen und Delfinen in Gefangenschaft ein? Wenn ja, wie?

Antwort:

Wale und Delfine sind wie alle Tiere in Zoos möglichst artgerecht zu halten. Deswegen hängt es von den tatsächlichen Haltungsbedingungen in den Zoos ab, ob Wale und Delfine in den Zoos gehalten werden sollten. Ein pauschales Haltungsverbot für einzelne Tierarten halten wir nicht für sinnvoll.

Frage:

Befürworten Sie die Anerkennung der Grundrechte Großer Menschenaffen?

Antwort:

Eine artgerechte Haltung ist selbstverständlich auch für Menschenaffen zwingend nötig. Allerdings hält die SPD eine Anerkennung von Grundrechten für Menschenaffen, wie sie für Menschen gelten, für zu weitführend.

Tierversuche**Frage:**

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Tierversuche generell stärker zu reglementieren? Wenn ja, wie?

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Anzahl an Tierversuchen zu verringern? Wenn ja, wie?

Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) einsetzen? Wenn ja, wie?

Antwort auf Frage 1-3:

Die Tierversuchsrichtlinie trägt dazu bei, dass EU-weit strenge und transparente Maßnahmen für Tierversuche gelten. Wir Sozialdemokraten unterstützen generell, dass Tierversuche insgesamt reduziert werden. Die EU-Kommission wird dem Europaparlament im November 2019 einen Umsetzungsbericht vorlegen. Anhand dieses Berichts werden wir entscheiden, inwiefern die Richtlinie geändert werden muss. Ein Gesamtkonzept muss auch die weltweite Reduktion von Tierversuchen im Blick behalten. Dem Tierschutz ist nicht gedient, wenn Tierversuche in Länder außerhalb der EU verlagert werden. Deswegen setzen wir uns auch dafür ein, dass das in der EU bereits geltende Verbot von Tierversuchen für Kosmetik auch weltweit gilt. Wir Sozialdemokraten unterstützen die europäische Förderung für tierversuchsfreie Forschung. Im Programm „InvestEU“ wird bei den förderfähigen Forschungsbereichen ausdrücklich auf diesen Bereich Bezug genommen: „neue wirksame und zugängliche Gesundheitsprodukte, einschließlich Arzneimittel, medizinischer Geräte, Diagnostika und Arzneimittel für neuartige Therapien, neuer antimikrobieller Wirkstoffe und innovativer Entwicklungsverfahren, bei denen Tierversuche vermieden werden.“

Frage:

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen für Haushaltsmittel einsetzen?

Antwort:

Die SPD kann sich sehr gut vorstellen, dass das Verbot für Tierversuche auch auf weitere Bereiche wie zum Beispiel Haushaltsprodukte ausgeweitet wird. Dies sollte auch in einem Stufenprozess analog zu den kosmetischen Mitteln erfolgen. Dabei muss natürlich der Ausgleich geschaffen werden zwischen der Sicherheit des Produktes für die menschliche Gesundheit, dem wissenschaftlichen Fortschritt und dem Leid der Versuchstiere.

Frage:

Wird sich Ihre Partei für ein generelles Verbot von Tierversuchen mit dem Schweregrad 3 (schwer) ohne Ausnahmen einsetzen?

Antwort:

Wenn der Bericht der EU-Kommission zur Umsetzung der Tierschutzrichtlinie im November 2019 vorgelegt wird, müssen gerade die Ausnahmeregelungen genau unter die Lupe genommen werden. Vor allem für Tierversuche mit dem Schweregrad "schwer" ist es unumgänglich nach Alternativen zu suchen und diese zum Einsatz kommen zu lassen. In jedem Fall sollen Tierversuche auf die Bereiche beschränkt werden, in denen sie unumgänglich sind und einen Nutzen für die Gesundheit von Mensch und Tier oder für die Umwelt nach sich zieht.

Frage:

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen an Primaten einsetzen?

Antwort:

Tierversuche an Primaten sollten nur auf die Fälle beschränkt bleiben, die ausschließlich mit Primaten durchgeführt werden können. Der wissenschaftliche Ausschuss für Gesundheits-, Umwelt- und Schwellenrisiken der EU-Kommission (SCHEER) hat 2017 eine aktualisierte Studie zum Umgang mit Tierversuchen bei Primaten vorgelegt, an der wir uns orientieren. Es ist wünschenswert, dass die zukünftige Forschung ohne Versuche an Primaten auskommt.

Allgemein**Frage:**

Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Antwort:

In der nächsten Legislaturperiode wird die SPD diese Themen weiterbearbeiten: Kampf gegen den illegalen Handel von Hunden und Katzen; höhere Standards für Tierwohl in Aquakulturen; Mindestanforderungen für die Haltung von Nutzkühen; bessere Bedingungen beim Transport von Nutztieren; bessere Durchsetzung gegen den illegalen Handel von geschützten Tierarten; höherer Schutz von Insekten und der Kampf gegen den Verlust der Biodiversität.

Pelz**Frage:**

Wird sich Ihre Partei für ein EU-weites Pelztierfarmverbot einsetzen? Wenn ja, wie?

Antwort:

Die SPD hält Pelztierfarmen für unnötig und grausam, deshalb werden wir uns auch für ein Verbot einsetzen.

Frage:

Wird sich Ihre Partei für eine erweiterte Kennzeichnungspflicht von Pelzen, die Tierart,

Herkunftsland und "Produktion" des Pelzes klar benennt, einsetzen?

Antwort:

Aus der Sicht des Verbraucherschutzes ist eine genaue Kennzeichnung auf jeden Fall notwendig. Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen bei so einem sensiblen Thema nicht getäuscht werden. Deswegen unterstützt die SPD eine Kennzeichnungspflicht von Pelz in Textilien.

Erhalt natürlicher Ressourcen

Jedes zehnte bestäubende Insekt steht kurz vor dem Aussterben und ein Drittel der Bienen und Schmetterlingsarten ist rückläufig. Laut einer aktuellen Studie verschwinden jährlich zwei Prozent der Insekten weltweit. Viele insektenfressende Vogelarten sind daher vom Aussterben bedroht. Ursachen für das drastische Insektensterben ist neben der Zerstörung von natürlichem Lebensraum, der Einsatz von Giften in der Landwirtschaft.

Trotzdem hat die EU Ende 2017 den hoch umstrittenen Wirkstoff Glyphosat für weitere fünf Jahre zugelassen, der nicht nur maßgeblich zur Vernichtung der Lebensräume von Insekten beiträgt, sondern einer Studie zufolge auch ganz direkt das Verdauungssystem der Honigbienen schädigt.

Aufgrund des dramatischen Insektensterbens hat die Europäische Kommission eine erste EUInitiative zur Bekämpfung des Rückgangs wildlebender bestäubender Insekten auf den Weg gebracht. Bis Ende 2020 will die Kommission die Fortschritte bei der Umsetzung überprüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorschlagen.

Uns interessiert:

Frage:

- **Wird sich Ihre Partei für ein Verbot gefährlicher Pestizide einsetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?**

Antwort:

Vielerorts spüren wir die Folgen eines intensiven Pestizideinsatzes. Nicht nur der Verlust von Insekten, sondern auch die Belastung des Grundwassers sind dafür symptomatisch. Hier muss sich Einiges ändern. Glyphosat wurde seinerzeit durch einen Alleingang des CSU-Landwirtschaftsministers Christian Schmidt zugelassen. Die SPD setzt sich dagegen für eine weitgehende Reduzierung des Pestizideinsatzes ein. Pflanzenschutz geht oft auch ohne oder mit weniger Pestizideinsatz. Zudem muss das Zulassungsverfahren reformiert und damit transparenter und zuverlässiger werden. Die europäische Landwirtschaft muss nachhaltiger werden. Agrargelder sollen dafür zukünftig nicht mehr nach Fläche, sondern für die Erbringung öffentlicher Leistungen ausgezahlt werden.

Frage:

- **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Glyphosat in Zukunft nicht mehr von der EU zugelassen wird?**

Antwort:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Wirkstoff Glyphosat so schnell wie möglich verboten wird.